



## Analyse der Wahlprogramme zur Landtagswahl 2009 in Thüringen



### Welche Aussagen treffen die Parteien zum Haushalts- und Rechnungswesen von Kommunen und Landesverwaltung?

[26. Juli 2009]

Am 30. August 2009 finden in Thüringen Landtagswahlen statt. Inzwischen wurden auch die Wahlprogramme der wichtigsten Parteien verabschiedet. Grund genug für **HaushaltsSteuerung.de**, um die Landtagswahlprogramme genauer unter die Lupe zu nehmen und sie im Hinblick auf Aussagen zum Haushalts- und Rechnungswesen zu untersuchen.

| Partei  | Analyse  |
|---|--|
|    | <p>Die CDU ist die einzige thüringische Partei, in deren Wahlprogramm der Begriff „Doppik“ zumindest vorkommt: Unter der Überschrift „Nachhaltige Finanzen für eine sichere Zukunft“ formuliert die CDU in der Rubrik „was wir erreicht haben“, dass die Kommunen heute ein Wahlrecht zwischen Beibehaltung der Kameralistik und Umstellung auf die Doppik haben (siehe S. 27). Tatsächlich ist Thüringen heute eines der wenigen Bundesländer, in denen der Landesgesetzgeber die Beibehaltung der traditionellen Kameralistik überhaupt noch zulässt. Die meisten anderen Landesgesetzgeber haben den Kommunen – in Befolgung der IMK-Empfehlungen – vorgegeben, auf ein am Ressourcenverbrauch orientiertes Haushalts- und Rechnungswesen (Doppik) umzustellen.</p> <p>Interessant sind die Angaben der CDU zu den Pensionsverpflichtungen: Diese werden, so die Partei, von heute 40 Mio. Euro auf 250 Mio. Euro bis zum Jahr 2020 steigen. Unter ihren Zielen formuliert die Partei dann, dass sie dem Pensionsfonds weitere Mittel zuführen möchte, um die Pensionsverpflichtungen erfüllen zu können (siehe S. 27 f.).</p> <p>Als Ziel formuliert die Partei des Weiteren die Einführung eines Verbots für neue Schulden (siehe S. 27).</p> |
|  | <p>Unter der Überschrift „Solide Finanzen – Bezahlbare Verwaltung“ benennt die SPD die derzeitige Fragmentierung des Landeshaushaltes. Sie fordert auf Seite 32: „Eine nachhaltige Haushaltspolitik erfordert konsequente Offenheit und Transparenz. Die Schattenhaushalte (alternative Finanzierungen, PPP-Verpflichtungen, Sondervermögen, Pensionslasten, Lasten aus Zusatz- und Sonderversorgung und Bürgerschaftsverpflichtungen) sind als Eventualverbindlichkeiten im Haushaltsplan sowie durch eine regelmäßige Berichterstattung öffentlich zu machen.“ Die Forderung spricht eindeutig für die Aufstellung einer Konzernbilanz auf Basis der Doppik, um</p>  |



|   |   |
|---|---|
|   | <p>so auch die impliziten Schulden und die Schulden in den ausgelagerten Organisationseinheiten offen zu legen.</p>   |
|    | <p>Die Grünen werben in ihrem Programm für eine Schuldenbegrenzungsregel in der Thüringer Verfassung. Diese soll in konjunkturell guten Zeiten die Verschuldung zurückfahren aber in schlechten Zeiten Schulden für Investitionen zulassen. Ein generelles Schuldenverbot lehnt die Partei ab (siehe S. 16 und S. 45).</p> <p>Daneben wollen die Grünen der Fragmentierung des Landeshaushaltes entgegentreten. Auf S. 46 heißt es dazu: „Um einen Überblick über die wirkliche Finanzsituation zu erhalten, ist Transparenz bei den Schattenhaushalten der Landesgesellschaften und Beteiligungen zu schaffen.“ Das spricht für die Einführung der Doppik inklusive einer Konzernbilanzierung. So können auch die Daten der Auslagerungen in Kombination mit den Kernhaushaltsdaten transparent dargestellt werden.</p> <p>Für die thüringischen Schulen wollen die Grünen Budgets einführen, über deren Verwendung die Schule dann weitgehend eigenverantwortlich entscheidet. Im Gegenzug dazu soll ein jährlicher Schulbericht vorgelegt werden (siehe S. 74).</p> <p>Für die kommunale Ebene wünschen sich die Grünen Bürgerhaushalte, bei denen die Bürger über den Haushalt der Kommune abstimmen (siehe S 101 f. und S. 104 f.). Wörtlich heißt es auf S. 104 f.: „Wir wollen, dass sich noch mehr Kommunen entscheiden, ihre Bürgerinnen und Bürger bei den Haushaltsberatungen zu beteiligen. Nicht nur wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu geführt hat, dass die Kommunen aufgrund z.B. wegbrechender Gewerbesteuererinnahmen ihre Ausgaben auf den Prüfstand stellen müssen, braucht es den Konsens mit der Bürgerschaft. Wir fordern das Land auf, das Förderprogramm über 2009 hinaus zu verstetigen. Die Zusammenarbeit und der Austausch der Bürgerhaushalte durchführenden Kommunen soll unterstützt werden.“ Eine analoge Forderung für den Landeshaushalt findet sich hingegen nicht.</p> |
|  | <p>Die FDP fordert ein Neuverschuldungsverbot (siehe S. 36). Dazu führt die Partei auf S. 37 konkretisierend aus: „Die Verfassung bindet bisher die Aufnahme von Schulden an das Volumen staatlicher Investitionen. Da der grundgesetzliche Investitionsbegriff unklar ist und weder Finanzinvestitionen noch pure Ersatzinvestitionen ausgeklammert, weil außerdem Desinvestitionen nicht in Abzug gebracht werden, ist diese Berechnung der Schuldengrenze weder ökonomisch vertretbar noch in der Praxis wirksam. Zudem kann für den Fall einer „Störung des</p>   |



|                          |   |
|--------------------------|---|
|                          | <p>gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ auch diese ohnehin sehr weiche Grenze legal überschritten werden. Es war überfällig, dass die Landesregierung die Forderung der FDP nach einem prinzipiellen Neuverschuldungsverbot aufgegriffen hat, wonach es nur noch in besonderen Situationen möglich sein darf, neue Schulden zu machen.“</p> <p>Die Partei formuliert des Weiteren auf S. 37, dass das Land „betriebswirtschaftlich überschuldet“ sei. Das würde bedeuten, dass die Schulden das Vermögen übersteigen, d.h. es gibt einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz. Wie die Partei zu dieser Feststellung gelangt ist unklar – schließlich wird in Thüringen bis dato noch kameral gerechnet, es gibt also keine Bilanz (noch nicht einmal für den Kernhaushalt) aus der diese Information ausgelesen werden könnte. Das wäre nur auf Basis der Doppik möglich.</p> <p>Auf S. 40 formuliert die Partei, dass Haushaltsmittel zielgenau im Sinne einer Outputsteuerung einzusetzen sind. Dazu heißt es: „Die Maßnahmen, für die Geld eingesetzt wird, sind hinsichtlich des Umsetzungserfolges zu kontrollieren. Erfolgskontrolle darf nicht nur auf dem Papier, sondern muss auch in der Praxis stattfinden.“</p> |
| <p><b>DIE LINKE.</b></p> | <p>Die Partei Die Linke setzt sich für eine Herabsetzung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler und Landesebene ein. Auch haushaltsrelevante Sachverhalte sollen hier zur Abstimmung zugelassen werden (siehe S. 54 f.). Die Linke tritt entsprechend – wie auch Bündnis 90/Die Grünen – für das Instrument von Bürgerhaushalten auf kommunaler Ebene ein (siehe S. 55).</p> <p>Die Linke lehnt darüber hinaus ein Verschuldungsverbot in der Landesverfassung ab (siehe S. 64).</p>   |

### **Fazit:**

Das Thema Staatsverschuldung wurde von den meisten Parteien im Wahlprogramm explizit aufgegriffen: Während die FDP und CDU ein Neuverschuldungsverbot anstreben, plädieren die Grünen „nur“ für eine Regel zur Schuldenbegrenzung. Das lässt zumindest hoffen, dass sich die Verschuldungssituation in Thüringen in der Zukunft positiv entwickeln könnte.

Auch wer nach Aussagen zur Reformierung des Haushalts- und Rechnungswesens in Thüringen suchte, wurde nicht gänzlich enttäuscht: Zwischen den Zeilen lässt sich aus den Wahlprogrammen mehrerer Parteien der Wunsch nach einer Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens herauslesen.



## QUELLEN:

**Bündnis 90/Die Grünen Thüringen:** Landtagswahlprogramm Grün rein! Zeitstimme Grün; gefunden unter <http://www.sommergruen.de/download/Landtagswahlprogramm.pdf> am 22. Juli 2009.

**CDU Thüringen:** Regierungsprogramm 2009 bis 2014, Beschluss des 24. Landesparteitags; gefunden unter [http://www.cdu-thueringen.de/fileadmin/downloads/2009/Regierungsprogramm\\_STAND\\_11.05.09.pdf](http://www.cdu-thueringen.de/fileadmin/downloads/2009/Regierungsprogramm_STAND_11.05.09.pdf) am 22. Juli 2009.

**Die Linke Thüringen:** Regierungsprogramm zur Landtagwahl 2009; gefunden unter [http://www.die-linke-thueringen.de/dokumente/Regierungsprogramm\\_09\\_web.pdf](http://www.die-linke-thueringen.de/dokumente/Regierungsprogramm_09_web.pdf) am 22. Juli 2009.

**FDP Thüringen:** Thüringen gerecht, Wahlprogramm der FDP Thüringen für die Landtagswahl am 30. August 2009; gefunden unter <http://www.fdp-thueringen.de/download.php?id=397> am 22. Juli 2009.

**SPD Thüringen:** Regierungsprogramm der SPD Thüringen, Thüringen - Unser Land gestalten, 2009 - 2014; gefunden unter [http://www.thueringen09.de/wp-content/uploads/regierungsprogramm\\_spd\\_thueringen.pdf](http://www.thueringen09.de/wp-content/uploads/regierungsprogramm_spd_thueringen.pdf) am 22. Juli 2009.